Die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates

Das Thema 'Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates' läßt sich vorerst allenfalls in ersten Umrissen skizzieren. Fast täglich erfahren wir neue Einzelheiten über das, was man so gemeinhin SED-Kirchenpolitik nennt. Viele dieser neuen Erkenntnisse stiften zunächst auch noch mehr Verwirrung als Klarheit, werden wir doch selbst in Grundfragen noch immer zu einer ständigen Revision dessen gezwungen, was als schon längst abgeklärt gegolten hatte. Um nur ein Beispiel von allerdings grundlegender Wichtigkeit - gerade auch für den Bereich der Kirchen und Religionsgemeinschaften - zu nennen: Ganz allgemein gilt, daß das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) als 'Schild und Schwert der Partei', als Werkzeug der SED zu betrachten sei, das keinerlei Eigeninitiative entwickeln konnte. Neuere Untersuchungen lassen es heute jedoch denkbar erscheinen, daß - wie alle Geheimdienste - auch das MfS in bestimmten Teilbereichen eine eigene 'Politik' abseits der Richtlinien des ZK der SED geführt haben könnte. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, müßten möglicherweise entscheidende Partien vor allem der jüngsten DDR-Geschichte neu geschrieben werden.

Rahmenbedingungen der SED-Kirchenpolitik

Aber hier sollen uns solche Irritationen nicht weiter beschäftigen, sondern weiterhin die These gelten, daß die Rahmenbedingungen für die Existenz aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR alleine von der SED gesetzt wurden. Die theoretischen Richtlinien dafür lieferte die marxistisch-leninistische Ideologie mit ihrer 'wissenschaftlich' begründeten Überzeugung vom gesetzmäßigen Absterben der Religionen im Zuge des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus. Insofern konnte die SED den Kirchen und Religionsgemeinschaften der Theorie nach nur noch eine temporäre Bedeutung zumessen. Fraglich blieb nur, welche Zeitstrecke hierfür ins Auge zu fassen sei. Wie das Theorien nun aber oft so an sich haben, taugte auch dieses marxistische Dogma von Anfang an für den Vollzug praktischer Politik nichts und mußte deshalb ständig den realen gesellschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden.

Nach Kriegsende setzte die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD) in ihrem Machtbereich zunächst ganz bewußt auf die integrierenden und stabilisierenden Potenzen der Religionsgemeinschaften. Diese waren in ihrem Kernbestand zwar allesamt eindeutig dem bürgerlichen Lager zuzurechnen, hatten sich aber im 'antifaschistischen Kampf' in unterschiedlichem Ausmaß doch so bewährt, daß sie als Bündnispartner beim

‘antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau’ in Anspruch genommen werden konnten. Die theoretisch-taktischen Grundlagen für dieses integrative Verfahren waren im Rahmen der sogenannten ‘Volksfrontpolitik’ der Komintern schon seit 1935 entwickelt worden und standen auch bei der Gründung des ‘Nationalkomitees Freies Deutschland’ 1941 in der Sowjetunion Pate. Daß in das antifaschistische Bündnis auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie ihre Funktionsträger einbezogen werden sollten, verdeutlichte am sichtbarsten der im Juni 1944 in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern ins Leben gerufene ‘Arbeitskreis für kirchliche Fragen’ des Nationalkomitees.

Bei der Ausformung ihrer aktiven Kirchenpolitik unmittelbar nach Kriegsende gingen die SMAD und in deren Gefolge die SED dann von folgenden Prinzipien aus:

- a) strikte Trennung von Staat und Kirche, insbesondere im Bereich der Jugenderziehung,
- b) Gleichbehandlung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- c) Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheit,
- d) Anerkennung des materiellen Besitztums der Religionsgemeinschaften, das deshalb auch von der Bodenreform und den späteren Enteignungsaktionen ausgenommen wurde.

Diese Prinzipien gewährten den Kirchen und Religionsgemeinschaften zunächst die Möglichkeit, den inneren und äußeren Aufbau nach den Verwüstungen der Nazi-Diktatur und des Krieges einzuleiten und ihren Platz als unabhängige Institutionen in der Gesellschaft der SBZ/DDR zumindest vorläufig zu behaupten. Die SED ihrerseits setzte von Anfang an auf die Chance, die Kirchen und Religionsgemeinschaften in den ‘antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbau’ zu integrieren und deren spezifische Einwirkungsmöglichkeiten auf die desorientierte Bevölkerung im Sinne der ‘führenden Partei der Arbeiterklasse’ zu instrumentalisieren.

Im Rahmen der SED-Kirchenpolitik spielten die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften allerdings immer nur eine Randrolle. Das zeigen bereits die frühen Strategiepapiere der SED aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, in deren Analyse und Zielstellungen die Freikirchen und Religionsgemeinschaften überhaupt nicht vorkommen. Hauptzielpunkt der SED-Kirchenpolitik waren immer die evangelischen Landeskirchen, die sich 1947 über die Zonengrenzen hinweg zur EKD zusammengeschlossen hatten, und - in erheblich geringerem Maße - die katholische Kirche, die als Teil der römischen Weltkirche auf der fortwirkenden Geltung des Reichskonkordates von 1933 bestand.

Welche geringe Rolle die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften für die SED bis in die späten achtziger Jahre hinein spielte,

zeigt auch der SED-übliche unspezifische Sprachgebrauch. Der Begriff 'Freikirche' begegnet in den SED-Akten abgesehen von Ausnahmefällen nicht. Wenn dort von den 'Religionsgemeinschaften' die Rede ist, handelt es sich zumeist um den verfassungs- bzw. gesetzestextnahen Sammelbegriff für alle religiösen Gruppierungen von den Kirchen bis zu den Sondergemeinschaften.

Zuständig für die offiziellen Kontakte zwischen Staat und Kirche war nach der Gründung der DDR 1949 zunächst die Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen, die unter der Leitung von Kurt Grünbaum (bis 1952) dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Vorsitzenden der Ost-CDU, Otto Nuschke, unterstellt war. Diese Hauptabteilung erwies sich jedoch als wenig wirksam. Die SED-Spitze bemerkte rasch, daß die Hauptabteilung »in keinerlei Hinsicht die Interessen des Staates gegenüber den Kirchenleitungen wahrgenommen« hätte¹. Als Grund hierfür wurde immer wieder das »kompromißlerische« Verhalten Nuschkes genannt, der seine alten bürgerlich-kirchlichen Bindungen - etwa zu Bischof Dibelius - nicht aufgab und sich fortlaufend um Vermittlung zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der einen Seite und der Staats- und SED-Führung auf der anderen Seite bemühte. Die Abteilung für Kultusfragen beim Ministerium des Innern der DDR erwies sich jedoch als ebenso wenig schlagkräftig, weil es auch ihr an einer effektiven Einbindung in den Parteiapparat der SED fehlte.

1957 wurden dann nach längeren Überlegungen seitens der SED über die Bildung eines staatlichen Amtes für Kirchenfragen mit neuen Strukturen nach dem Vorbild der anderen sozialistischen Länder die Voraussetzungen für eine von der SED direkt angeleitete Kirchenpolitik geschaffen. Allein federführend wurde nun die 'Abteilung Kirchenfragen' beim ZK der SED (seit 1954, zuvor 'Sektor Kirchenfragen', später 'Arbeitsgruppe Kirchenfragen'). Mit der »Bearbeitung aller, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betreffenden Angelegenheiten«² wurde der neu berufene Staatssekretär für Kirchenfragen, der nicht ministeriell eingebunden war, beauftragt. Er hatte die offiziellen Kontakte zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften wahrzunehmen, so daß die zuständige und allein weisungsberechtigte ZK-Abteilung weitgehend verdeckt operieren konnte. Auf der Ebene der Bezirke und Kreise waren in vergleichbarer Weise die Beauftragten für Kirchenfragen tätig, die in die Abteilungen für Innere Angelegenheiten integriert waren.

1 Willi Barth, Leiter der Abt. Kirchenfragen beim ZK der SED, in einer Vorlage für das Politbüro, o.D. [1956].

2 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 27.11.1956, TOP 7/2 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED J IV 2/2-516).

Die SED im Gegenüber zu den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften

In der immer nur kampagneartigen Beschäftigung der SED mit den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften fällt von Anfang an auf, wie wenig die SED-Machthaber über diese verwinkelte Landschaft überhaupt wußten. Auch das Studium der Akten zeigt, daß die SED und die staatlichen Dienststellen im Umgang mit den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften niemals sicher waren, mit wem sie es eigentlich sachlich und personell zu tun hatten. Bereits beim Übergang der Verwaltung von der SMAD auf die SED-kontrollierten Behörden erwiesen sich diese Unsicherheiten als ein beträchtlicher Störfaktor. Die beteiligten Funktionäre - vor allem auf der mittleren und unteren Ebene - sahen sich deshalb oft so eindeutig überfordert, daß die Zahl der Fehlinformationen, Mißdeutungen und Irritationen beträchtlich war. Das führte dazu, daß man sich auch bei einfachen Verwaltungsvorgängen häufig von einer übergroßen Vorsicht bestimmen ließ und z.B. Tarnorganisationen für Verbotenes (Zeugen Jehovas!) auch da witterte, wo es dazu keinen Anlaß gab.

Hubert Kirchner verweist dazu in seiner grundlegenden Expertise für die Enquete-Kommission des Bundestages 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', die in absehbarer Zeit auch im Druck veröffentlicht werden soll, auf folgenden Fall:

»Der 'Ostdeutsche Verband der Siebenten-Tags-Adventisten' - eine seit Bestehen der Gemeinschaft in Deutschland bestehende Untergliederung - geriet zunächst in Verdacht, ein Heimatverband von Umsiedlern zu sein (Staatssekretär Warnke, MdI, an Nuschke, 7.3.50, DO-4/742)! Die Folge davon war, daß alle Vorgänge unverhältnismäßig lange Bearbeitungsfristen benötigten, weil zuvor viele Rückfragen und Recherchen bearbeitet werden mußten, um sich nach allen Seiten abzusichern«³.

Es war zunächst vorgesehen, für die Registrierung von Vereinigungen aller Art - darunter eben auch die Religionsgemeinschaften - eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Seit Mitte 1951 zeichnete sich jedoch ab, daß dieser Weg nicht weiter verfolgt werden sollte. Die Registrierung bzw. Aufnahme in die Liste der zugelassenen Religionsgemeinschaften erfolgte nunmehr lediglich auf dem Verwaltungswege, was für diese eine erhebliche Rechtsunsicherheit nach sich zog. Die Entscheidungskompetenz dafür lag wahrscheinlich schon damals nicht mehr bei dem üblicher Weise dafür zuständigen Innenministerium, sondern beim Ministerium für Staatssicherheit. Mitte 1953 vermerkte eine Hausmitteilung des Innenministeriums, es lägen noch viele

»Anträge mit der Stellungnahme des ehemaligen Staatssekretärs Warnke beim Ministerium für Staatssicherheit, ohne daß bisher eine Stellungnahme oder Rück-

3 Hubert Kirchner, Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR in ihrer Zusammenarbeit in der AGCK und in ihrem Verhältnis zum SED-Staat (zur Veröffentlichung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen).

gabe der Unterlagen erfolgte. Dadurch kommt es vor, daß z.B. ein Vertreter einer derartigen Gemeinschaft bereits über hundertmal allein im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten vorgesprochen hat, ohne bisher eine Entscheidung zu erhalten. Bei anderen Gemeinschaften ist die Lage ähnlich⁴.

Aus den frühen fünfziger Jahren ist eine dreizehn Schreibmaschinenseiten lange Auflistung »Freikirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in der DDR« überliefert, in der insgesamt 33 »Freikirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in der DDR« festgestellt werden, von denen vier als verboten bezeichnet werden⁵. Verboten bzw. aufgelöst waren danach seit dem 3. April 1951 durch das Ministerium des Innern der DDR der Christliche Gemeinschaftsverband der 'Deutschen Pfingstbewegung' mit etwa 7.500 Mitgliedern in der DDR, die Christliche Wissenschaft - Christian Science mit sechs- bis siebentausend Mitgliedern, die »wegen gewerbsmäßiger unerlaubter Gesundheitsbetriebe«⁶ untersagt und schon von der SMAD verboten worden war, die Heilsarmee⁷ und die Zeugen Jehovas (Ernste Bibelforscher), die am 30. August 1950, nachdem sie bereits von 1933-1945 kriminalisiert worden waren, erneut in die Illegalität abgedrängt wurden. Die Zeugen Jehovas wurden von den SED-Machthabern der »systematischen Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung« und der Einfuhr »friedensgefährdenden« Schrifttums beschuldigt⁸. Sie wurden deshalb zunächst konsequent verfolgt und erst später weithin stillschweigend geduldet.

Unabhängig von der Legalisierung durch die Registrierung wurden alle Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften - so weit das möglich war - behördlich aufmerksam beobachtet und geheimdienstlich aufgeklärt. Dabei wurden teilweise auch sog. 'Vertrauensmänner' eingesetzt, die sich zum Schein als Mitglieder 'anwerben' ließen, um detaillierte Mitteilungen liefern zu können. Für die Routinekontrollen der kleineren Religionsgemeinschaften waren im übrigen auch die Abteilungen K 1 der Kriminalpolizei zuständig.

Paul Wandel über die »27 kleinen Religionsgemeinschaften« (1955)

Im Februar 1955 hielt Paul Wandel auf einer seminaristischen Beratung mit Bezirks- und Kreissekretären der SED einen erstaunlich detailreichen Vortrag 'Über die Politik der SED gegenüber der Kirche', in dem er sich auf eine recht typische Weise auch zu den »kleinen Religionsgemeinschaften« äußerte:

»Ich will hier nicht auf die 27 kleinen Religionsgemeinschaften eingehen. Vielleicht genügt es zur Illustration, wenn ich hier ganz kurz einmal vorlese, daß es

4 13.7.53, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DO-4/733.

5 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin, VII-013, Nr. 1808.

6 Ebd. S. 7.

7 »Wurde durch die SMA ihrer militärischen Rangbenennung und ihrer uniformähnlichen Kleidung wegen verboten«. Ebd. S. 10.

8 Ebd. S. 13.

allein im Bezirk Cottbus folgende Religionsgemeinschaften gibt: Baptisten, Methodisten, Evangelische Gemeinschaft, Altlutheraner, Herrnhuter, Evangelisch-Lutherische Freie Kirche in Sachsen, Mormonen (mit 620 Mitgliedern), Offenbarung des Heiligen Johannes, Apostolische Gemeinde, Neuapostolische Gemeinde, Bund freier Kirchengemeinden, die Christengemeinde, Evangelische Bibelgemeinschaft, Reformierte Apostolische Gemeinschaft, Gemeinschaftswerk usw.

Ich will auf dieses Problem hier nicht eingehen, obwohl wir die kleinen Religionsgemeinschaften nicht übersehen dürfen. Auch hier wäre es grundsätzlich falsch, die Dinge über einen Leisten zu schlagen. Es gibt unter den kleinen Religionsgemeinschaften Menschen, die verhältnismäßig aufgeschlossen uns gegenüber sind, manchmal viel aufgeschlossener als die Mitglieder der anderen Kirchen, wobei man berücksichtigen muß, daß sie in der Vergangenheit oft verfolgt worden sind. Selbstverständlich ist - und das ist ein kompliziertes Problem -, daß die meisten und stärksten dieser Sekten und kleinen Religionsgemeinschaften traditionell ihre Zentren in England und Amerika haben. Gefährlich sind die Zeugen Jehovas in Verbindung mit der Propaganda des Atomkrieges durch die amerikanischen und Adenauerschen Kriegsaggressoren. Denn diese Leute verbreiten gerade jetzt sehr intensiv die Lehre, daß die Atombombe die endlich gefundene göttliche Waffe ist, die den von ihnen lang ersehnten Weltuntergang herbeiführt, bei dem nur sie übrigbleiben.

Das sind einige Fragen, die wir in jedem Gebiet und in jedem Kreis gründlich studieren müssen. Es gibt dabei kein Schema. Wir müssen überall Stützpunkte, Vertrauensleute in den verschiedenen Religionsgemeinschaften schaffen, mit deren Hilfe wir sie für die Unterstützung unserer Politik gewinnen können«⁹.

Schwierige Kontakte in den sechziger Jahren

Alle diese Maßnahmen erfüllten ihren Zweck jedoch nur unzureichend. In den internen Berichten häuften sich Beschwerden der Art, die Vertreter des Staatsapparates seien den Anforderungen der komplizierten Materie nicht gewachsen. Es fehle an ausreichenden Informationen, an kirchenpolitischen Konzeptionen und dem notwendigen Taktgefühl im Umgang mit den Vertretern der Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften. Ein leitender Mitarbeiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen sah sich noch 1960 nach einer Dienstreise in den Bezirk Karl-Marx-Stadt, wo sich die größte Konzentration kleinerer religiöser Gemeinschaften in der DDR fand, zu folgendem Resümee geötigt:

»Die Leiter der kleinen Religionsgemeinschaften [...] vermeiden die Verbindung mit dem Staatsapparat und treten nur in den unumgänglichen Fällen, die selten sind, auf. Der Verkehr des Referenten für Kirchenfragen mit ihnen besteht hauptsächlich in der notwendigen Administration und wird nur im akuten Fall operativ. So wird den Methodisten, Baptisten und Neuapostolischen als den zahlenmäßig in der DDR und analog im Bezirk Karl-Marx-Stadt stärksten der

⁹ Paul Wandel, Über die Politik der SED gegenüber der Kirche, als parteiinternes Material gedruckt, Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv der SED, IV 2/14/45.

kleinen Religionsgemeinschaften wenig Beachtung geschenkt, so daß auch die Auswirkung ihrer Tätigkeit auf die Durchführung der staatlichen Aufgaben nicht genügend sichtbar ist. Auch darüber, wieweit Glieder der verbotenen in den zugelassenen Religionsgemeinschaften tätig werden, ist nur geringe Kenntnis vorhanden bzw. ist diese auf Vermutungen beschränkt. Über die Beziehung der kleinen Religionsgemeinschaften bzw. ihrer Mitglieder nach WD und WB ist den Referenten für Kirchenfragen nichts bekannt. [...] Eine konkret nachweisbare und strafwürdige Schädlings- und Diversionstätigkeit von Mitgliedern der kleinen Religionsgemeinschaften wurde in letzter Zeit nicht festgestellt. Aus der gewonnenen Übersicht ist zu schließen, daß die Tätigkeit der kleinen Religionsgemeinschaften in ihrer Tiefe noch unsichtbar ist, weil die staatliche Arbeit politisch nicht offensiv und systematisch durchgeführt wurde«¹⁰.

Aus dem Jahr 1965 blieb der Aktenvermerk über eine »Methodistische Studentagung in Zwickau« erhalten, den Carl Ordnung für den Ost-CDU-Chef Gerald Götting anfertigte¹¹. Der CDU-Funktionär hielt vor etwa 25 Pastoren und zehn Laien der Methodisten-Kirche in Zwickau ein Referat zum Thema 'Das Soziale Bekenntnis der Methodistischen Kirche und die politische Verantwortung des Christen im Sozialismus'. Darin machte er anhand historischer Beispiele deutlich, »daß in der methodistischen Kirche in Amerika die Kirchenleitungen immer progressiver gewesen sind, als die Gemeinden«. Das Ziel seines Referates beschrieb Ordnung folgendermaßen: »Ich versuchte herauszuarbeiten, daß die meisten Grundforderungen des Sozialen Bekenntnisses erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung realisiert werden können«.

Im Verlauf der Tagung diagnostizierte Ordnung »zwei Gruppen« bei seinen methodistischen Gesprächspartnern:

»Eine kleinere von solchen Pastoren, die politisch am Ideal einer liberalen Demokratie orientiert sind und sich deswegen in unserer Gesellschaft schwer zurechtfinden. Die größere Gruppe, die bei allen Fragen doch gewillt ist, in unserem Staat konstruktiv mitzuarbeiten«.

Außerdem ließ Ordnung seinen Parteichef noch wissen:

»Die Konferenz war auf Grund meiner Initiative und der Vorbereitungsarbeiten von Pastor Dr. Funk, Plauen, zustande gekommen. Es war interessant, daß die gesamte methodistische Kirchenleitung in der DDR (die Superintendenten Vogel, Schäuble und Krause) von Anfang bis Ende der Tagung teilnahmen. Sie fürchteten offensichtlich die Formierung einer innerkirchlichen Oppositionsgruppe. Um dies zu verhindern, kamen sie selbst zur Tagung und machten am Schluß den Vorschlag, daß die hier geäußerten Gedanken in offiziellen kirchlichen Ausschüssen weiterbehandelt werden sollten«.

10 Bericht des Sachbearbeiters Haslinger, 26.7.60, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DÖ-4/733).

11 Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin, VII-013 Nr. 3007.

Ordnung sah in diesem Vorschlag wohl zutreffend »die Gefahr«, daß die methodistische Kirchenleitung dadurch einer innerkirchlichen Spaltung entgegenzuwirken trachtete, und schlug für diesen Fall »die Initiative zu einer ähnlichen Konferenz« im nächsten Jahr vor.

Die Lageberichte der Ost-CDU von 1970

1970 wurde die Ost-CDU nochmals in Richtung auf die Freikirchen aktiv. In einer als »Vertrauliche Dienstsache« gestempelten Aufzeichnung¹² wurden die folgenden Aufgaben formuliert:

»1. Mit Hilfe von aktiven Unionsfreunden aus den Freikirchen sollte verstärkt versucht werden, freikirchliche Pastoren in die politische Arbeit einzubeziehen. In Orten mit starken freikirchlichen Gemeinden empfehlen sich in größeren Zeitabständen - in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe 'Christliche Kreise' beim Ausschuß der Nationalen Front - Aussprachen mit den Kirchenvorständen. 2. In den Bezirken (Karl-Marx-Stadt) und Kreisen, in denen Freikirchen besonders stark vertreten sind, ist zu prüfen, ob nicht im Rahmen der Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' der Nationalen Front in bestimmten Abständen spezifische Aussprachen mit Pastoren und Predigern dieser Gemeinschaften durchgeführt werden sollten«.

Interessante Hinweise auf die Art und Weise, wie in der Mitte der siebziger Jahre die Freikirchen und Religionsgemeinschaften von außen her wahrgenommen wurden, vermitteln die Berichte der Bezirksverbände der Ost-CDU über die »Ergebnisse der Einbeziehung von Amtsträgern der Freikirchen«¹³. So klagte der Bezirksverband Halle:

»Durch die lockere Organisationsform der kleinen Religionsgemeinschaften ist allein schon das Feststellen der Mitgliedschaft in einer dieser Gruppen schwierig. Ebenso kann oft nur schwer oder kaum festgestellt werden, welche Bürger in diesen Gemeinschaften als Amtsträger angesehen werden können, weil diese Ämter oft nur ehrenamtlich wahrgenommen und in der Öffentlichkeit nicht wirksam werden. Viele dieser Gemeinschaften wirken zum größten Teil in aller Stille und treten in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. Demzufolge gibt es über diese kleinen Religionsgemeinschaften selbst bei den Räten der Kreise oft keine Übersicht und bisweilen nur sehr verschwommene Ansichten«.

Die Hallenser Unionsfreunde berichteten weiter von »recht guten Kontakten« zu »Einzel-Persönlichkeiten der kleinen Religionsgemeinschaften«, merkten aber auch resignierend an:

»Allerdings kommen diese Kontakte in den meisten Fällen über das freundschaftliche Gespräch nicht hinaus. Die Bereitschaft, öffentlich zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen und sich zu engagieren, ist nur bei einer kleinen Zahl dieser Amtsträger vorhanden. [...] Persönliche Stellungnahmen, oft nur im individuellen Gespräch geäußert, kommen nicht von allein und werden immer noch mit gewisser Vorsicht und Zurückhaltung - aber durchaus nicht unverbund-

12 Ebd. VII-011 Nr. 382.

13 Ebd. VII-011 Nr. 1555.

lich - formuliert. Typisch ist, daß sich diese Bürger nicht dazu bereit erklären, daß der Inhalt solcher Gespräche oder Stellungnahmen als Pressenotiz erscheinen [...]. Sie glauben oft, daß dieses Bekenntnis ihren Ruf und ihre Autorität innerhalb ihrer Glaubensgemeinde schädigen. Das wird noch durch die weitverbreitete Meinung von Gemeindegliedern - verstärkt bei den Sieben-Tage-Adventisten - bedingt, daß ein Pfarrer sich nicht mit der Politik zu beschäftigen habe und daß sich Politik und Theologie gegenseitig ausschließen. [...] Die Aktivitäten der Amtsträger und kleinen Religionsgemeinschaften beschränken sich fast ausschließlich auf die Mitarbeit im Wettbewerb 'Schöner unsere Städte und Gemeinden' und hier vor allem auf Arbeiten, die der Werterhaltung, Instandsetzung und Verschönerung der kirchlichen Anlagen dienen. [...] In einigen Fällen gibt es verstärkte Bemühungen der leitenden kirchlichen Stellen, sich an der Lösung kommunalpolitischer Probleme zu beteiligen - das bezieht sich besonders auf die Freikirchen. Hier ist das Prinzip der Mitverantwortung für das Ganze wirksam geworden«.

Der Magdeburger Bezirksverband beschäftigte sich besonders mit den Adventisten¹⁴:

»Die Amtsträger der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, insbesondere in Friedensau nehmen im Prinzip eine positive Haltung zur Politik der DDR ein. Von ihnen werden die Friedenspolitik unseres Staates und ganz besonders die Leistungen auf sozialem Gebiet anerkannt. Häufig wird in Stellungnahmen von Predigern hervorgehoben, daß ihre Gemeinschaft sich im Gegensatz zur Zeit vor 1945 in der DDR ohne Behinderung durch den Staat und die großen Kirchen entwickeln kann, was unter anderem ein Motiv für eine positive Einstellung zu unserem Staat ist. Trotz des vorhandenen gesellschaftlichen Engagements, das sich besonders in Friedensau zeigt, gibt es starke Verbindungen der Gemeinschaft in Westdeutschland und in den USA«.

In der Stellungnahme des Bezirksverbandes Frankfurt/Oder werden interessante Beobachtungen zu den Motiven mitgeteilt, die zu einer gewissen Offenheit gegenüber dem sozialistischen Aufbau bei den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften beitragen¹⁵:

»Wir sehen die Ursachen hierfür u.a. darin, daß diese Religionsgemeinschaften über keine hundertjährige Tradition verfügen und sich daraus - wie auch von kirchenrechtlichen Gesichtspunkten her - keine 'gewachsenen Bindungen' und Organisationsformen ergeben. Die Fragen nach der Gesellschaftsordnung und dem Staat, stehen deshalb weniger im Mittelpunkt. Als wesentliches Kriterium tritt vielmehr in Erscheinung, ob jede Gemeinschaft ihr religiöses Leben in der entsprechenden Form gestalten kann. Da dieses in der DDR gegeben ist, wird den verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Pflichten in vollem Umfang nachgekommen. [...] Ein weiteres Moment für die Aufgeschlossenheit zur gesellschaftlichen Entwicklung unseres Staates sehen wir auch darin, daß ein Teil der Amtsträger aus diesen Religionsgemeinschaften ihr Amt nebenberuflich versieht. Durch die direkte Konfrontation mit den Problemen der Entwicklung unseres Staates im Berufsleben hat sich das Gesichtsfeld wesentlich geweitet. [...] Es besteht die Ten-

14 Ebd. VII-011, Nr. 1558.

15 Ebd. VII-011 Nr. 1557.

denz in ihrer beruflichen Arbeit sowie im Zusammenleben der Glieder ihrer Gemeinschaft, wie auch mit anderen Mitbürgern stets vorbildlich zu wirken, sich aber nicht in einer festen Form - über die Nationale Front hinaus - parteipolitisch zu arrangieren. [...] Die größte Aufgeschlossenheit hinsichtlich der Politik unseres Staates und Bereitschaft einer Mitarbeit zur Gestaltung des Staates finden wir bei den Amtsträgern und Gliedern der Neupostolischen Kirche«.

Ähnlich votierte auch der Bezirksverband Dresden¹⁶:

»Die Mehrheit der Prediger und Pastoren, der Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften steht unserer sozialistischen Entwicklung positiv gegenüber. Sie sind zum Teil persönlich gesellschaftlich engagiert. Die Ursache dieser Haltung liegt darin, daß in diesen Religionsgemeinschaften fast nur Laienprediger tätig sind, deren Staatsbewußtsein im Prozeß der materiellen Produktion geprägt wird. Eine weitere Ursache ist das Fehlen einer Kirchenbürokratie und schließlich auch, daß diese Gemeinschaften dem sozialistischen Staat dankbar sind für die erstmalig in ihrer eigenen Geschichte vollzogene staatliche Gleichberechtigung mit den beiden großen Kirchen. Die Freikirchen und Kleinen Religionsgemeinschaften betreiben auf Grund ihres stärkeren gesellschaftlichen Engagements in der sozialistischen Entwicklung eine selbständige, von westdeutschen Einflüssen unabhängige Religionsausübung. [...] Die Prediger und Pastoren nehmen in Gesprächen und bei Diskussionen innerhalb unserer Partei und besonders auch in den Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' zum überwiegenden Teil zu den Grundfragen der Politik unseres Staates eine mehr als loyale Haltung ein«.

1977 bekannte die Information »Zu einigen Problemen der staatlichen Tätigkeit gegenüber den Religionsgemeinschaften« erneut¹⁷:

»Wir verfügen über keine aktuelle, exakte Übersicht, wie groß die tatsächliche Zahl von Religionsgemeinschaften ist, die gegenwärtig kirchliches Leben in organisierter Form praktiziert. Regelmäßige Kontakte bestehen auf zentraler Ebene zu 13 Religionsgemeinschaften [...]«.

Das Warnemünder 'Handbuch' von 1988

Erst 1988 wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus der Ingenieurschule für Seefahrt in Warnemünde/Wustrow ein umfangreiches, jedoch nur zum internen Gebrauch bestimmtes 'Handbuch' mit dem Titel 'Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR - ohne den Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, die Römisch-Katholische Kirche und die Russische Orthodoxe Kirche sowie den Verband Jüdischer Gemeinden in der DDR'¹⁸ vorgelegt. Für die wissenschaftliche Beratung waren Prof. Dr. Horst Dohle vom Staatssekretariat für Kirchenfragen, Prof. Dr. phil. habil. Olof Klohr, der bekannte DDR-Religionssoziologe, und Dozent Dr. sc. Wolfgang Kleinig aus

16 Ebd. VII-011 Nr. 1556.

17 26.9.77, Bundesarchiv Potsdam, Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, DO-4/450, Blatt 4.

18 D. Müntz und M. Wachowitz, Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR - ohne den Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, die Römisch-Katholische Kirche und die Russische Orthodoxe Kirche sowie den Verband Jüdischer Gemeinden in der DDR. Warnemünde. [Warnemünde 1988]. Das Exemplar der früheren Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, das 1988 als 'Dienstsache' eingestuft wurde, trägt die Nr. 048.

Berlin zuständig. Das 'Handbuch' zählt 31 »in der DDR zugelassene Kirchen und Religionsgemeinschaften«¹⁹ auf. Es orientierte sich damit an den älteren Listen, ist in seinen Einzelheiten aber noch immer reichlich ungenau. So werden darin sowohl solche Gruppierungen, die inzwischen schon nicht mehr existierten oder überhaupt nur vorübergehend bestanden hatten, wie auch solche genannt, die nur noch ganz wenige Mitglieder aufwiesen, aber einmal registriert worden waren. Diejenigen Gemeinschaften, die in der DDR verboten oder nicht zugelassen bzw. als Organisation nicht staatlich registriert waren, sowie die ökumenischen Zusammenschlüsse in Genf (!) werden in einem Anhang nur knapp erwähnt. Die Tatsache oder zumindest die Möglichkeit der Existenz von Anhängern dieser verbotenen Gruppen in der DDR wurde eingeräumt.

Bemerkenswert erscheint der folgende Hinweis, der sich in den Vorbemerkungen findet:

»Im Handbuch dienen diese Zahlen [zur Mitgliederstärke] primär der Vermittlung von Vorstellungen über quantitative Relationen. Sie widerspiegeln nicht den realen Einfluß dieser Institutionen innerhalb der religiösen Verhältnisse, da der Anteil der aktiv praktizierenden Christen in ihnen wesentlich höher ist als innerhalb der Katholischen Kirche, vor allem aber als in den evangelischen Kirchen«²⁰.

Das Warnemünder 'Handbuch' bedarf noch eingehender Untersuchungen. Die dort getroffenen Feststellungen sind mit den bei den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften vorhandenen Akten abzugleichen. Die im 'Handbuch' festgehaltenen politischen Beurteilungen aus der Sicht der SED-Autoren müssen im Lichte der Gesamtentwicklung der SED-Kirchenpolitik interpretiert werden: In den späten achtziger Jahren versuchte die SED-Führung, insbesondere solche Gruppierungen, die traditionellerweise über gute Beziehungen in die USA verfügten, energisch und völlig hemmungslos für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Manches haben die Autoren des 'Handbuchs' auch einfach falsch verstanden, obwohl sie sich sichtlich um eine möglichst genaue und sachentsprechende Interpretation bemühten.

Immerhin wird aber auch durch dieses 'Handbuch' bestätigt, was allerdings auch sonst schon bekannt war, etwa durch die Studien von Helmut Obst/Halle und Hubert Kirchner/Berlin: In der DDR erfolgten keine nennenswerten Neubildungen von Religionsgemeinschaften mehr. Die neuen religiösen Bewegungen der sechziger Jahre, vor allem die sog. Jugendsekten, fanden in der DDR zwar durchaus Anhänger, konnten sich aber niemals institutionell verfestigen. Das entsprach der niemals fixierten, aber stets sorgfältig beachteten Maxime der SED-Kirchenpolitik, nach der Neugründungen aller Art, die den Rahmen des schon Vorhandenen überschritten hätten, im

19 Ebd. S. 4-8, Inhaltsübersicht.

20 Ebd. S. 11.

religiösen Sektor zu verhindern waren: »Seit 1945 erfolgte auf dem Gebiet der DDR keine Neubildung von Kirchen und Religionsgemeinschaften, da dafür unter sozialistischen Verhältnissen wesentliche soziale und politische Ursachen nicht mehr vorhanden waren«²¹. Diese Begründung des 'Handbuchs' von 1988 gibt also die ideologisch korrekte Wunschvorstellung wieder, die allerdings nichts von der tatsächlichen alltäglichen Repressionspolitik der SED verrät, der auch die Freikirchen, kleineren Religionsgemeinschaften und neuen Gruppenbildungen ausgesetzt waren.

Die Organisation der Kontakte zu den Freikirchen und Religionsgemeinschaften

Der Kontakt mit den Freikirchen und Religionsgemeinschaften war seitens des Staats- und Parteiapparats in der DDR ähnlich wie der zu den großen Kirchen geregelt:

a) Gespräche von leitenden Mitarbeitern des Staatssekretärs für Kirchenfragen in den Bezirken mit den örtlichen und regionalen Vertretern der Kirchen und Gemeinschaften gab es in unregelmäßigen Abständen.

b) Repräsentative 'Begegnungen' des Staatssekretärs für Kirchenfragen mit den führenden Vertretern der Freikirchen und Religionsgemeinschaften, denen Leitfunktionen zugeschrieben wurde, bildeten die Ausnahme. Die Zusammensetzung der eingeladenen Gruppen wechselte stark. Da die Eingeladenen auch untereinander oft kaum etwas gemeinsam hatten, kam bei solchen Spitzengesprächen selten etwas Brauchbares heraus.

c) Die Alltagsfragen wurden auf der regionalen Ebene der Bezirke und Kreise geregelt.

d) Besondere Schwierigkeiten boten die Verhandlungen, in denen die Beziehungen der Freikirchen und Religionsgemeinschaften in das westliche Ausland zu behandeln waren. Die SED argwöhnte hier ständig, solche Beziehungen könnten von fremden Geheimdiensten gegen den sozialistischen Staat mißbraucht werden.

e) Zu bestimmten festlichen Anlässen wurden auch die Vertreter der Freikirchen und Religionsgemeinschaften dazu ermuntert, öffentliche Erklärungen abzugeben, in denen sie ihre Loyalität gegenüber dem SED-Regime formulierten.

f) Eine große und nach außen kaum wahrnehmbare Rolle spielten schließlich die Kontakte, die vom Staatsapparat, der Ost-CDU und dem MfS zu einzelnen Leitungspersonlichkeiten aufgebaut und sorgsam gepflegt wurden. Die Akten erwecken den Eindruck, daß hier der eigentliche Schwerpunkt der Einflußnahme und Instrumentalisierung lag. Immer wieder wurden Berichte darüber angefertigt, wie solche Persönlichkeiten in ihrem politischen Auftreten zu beurteilen seien, welche Schwächen sie zeigten und wie sie dazu

21 Ebd. S. 28

angeleitet werden könnten, sich offensiver für die Ziele des sozialistischen Staates einzusetzen. Ein besonderes Problem bildete für die Funktionäre dabei die Tatsache, daß viele ihrer Gesprächspartner sich entweder grundsätzlich von politischen Äußerungen fernhielten oder als nebenamtliche Prediger und Gemeindeleiter nicht genügend Zeit fanden, ein befriedigendes politisches Engagement zu entwickeln.

g) Obwohl die Freikirchen und Religionsgemeinschaften tendenziell dazu neigten, sich auf ihre religiösen Anliegen zu konzentrieren und deshalb das Hineinwirken in die Gesellschaft zu begrenzen, was den Intentionen der SED unbeabsichtigt durchaus entgegenkam, hat das MfS es auch hier nicht an 'revolutionärer Wachsamkeit' fehlen lassen. Im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit standen die 'Westkontakte' der Gemeinschaften. Gleichzeitig bemühte man sich aber auch um die Durchdringung der einzelnen Gemeinschaften, Gemeinden und Gruppen. Dabei spielten die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, die es in einigen Gemeinschaften auch an führender Stelle gegeben haben soll, eine im einzelnen noch genau aufzuklärende Rolle. Besondere Aufmerksamkeit widmete das MfS den Zeugen Jehovas in der DDR, die durch ein eigenes Referat in der HA XX/4 im MfS bearbeitet wurden. Das MfS warb eine große Zahl von Zeugen Jehovas, gründete mit ihnen eine Gegengemeinschaft, die eine eigene 'Theologie' entwickeln sollte, und finanzierte ein eigenes Publikationsorgan, das den echten Anhängern zugesandt wurde. Die Einzelheiten dieser dubiosen Vorgänge lassen sich heute noch nicht darstellen. Es bleibt zu hoffen, daß sich bald kompetente Sachkenner daran machen, den Leidensweg dieser schon von den Nationalsozialisten verfolgten Gruppen im SED-Staat genauer aufzuarbeiten.

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich zur SED-Kirchenpolitik gegenüber den Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften heute feststellen:

a) Diese standen niemals im Mittelpunkt der SED-Kirchenpolitik. Vielfach wurden auf sie in schematisierender Weise die Prinzipien angewandt, die im Gegenüber zu den großen Kirchen entwickelt worden waren. Das führte zu Wahrnehmungsverlusten und einer Ineffektivität der Arbeit, die niemals grundlegend korrigiert werden konnte.

b) Neben einzelnen Führungspersönlichkeiten und Gemeinschaften, die sich um ein bewußt loyales Verhalten zum sozialistischen Staat bemühten und insbesondere aus ihrem traditionellen Friedensengagement heraus die 'Friedenspolitik' der DDR zu unterstützen bereit waren, war das Verhalten der Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften zumeist durch ein deutliches Distanzverhalten geprägt. Dieses war in den eigenen Auffassungen der Gemeinschaften begründet, wurde aber auch durch die mangelnde Aufmerksamkeit verstärkt, die der SED - und Staatsapparat diesen Bereichen des religiösen Lebens zuwandte.

c) Für die SED waren die Freikirchen und kleineren Religionsgemeinschaften nur insofern interessant, als sie zu kontrollieren und zu instrumentalisieren waren. Die Kontrolle ergab, daß ernsthafte Gefahren von dieser Seite nicht zu befürchten waren. Die Möglichkeiten der Instrumentalisierung wurden durch den vergleichsweise knappen Radius begrenzt, den die Außenwirkung dieser Gemeinschaften zumeist hatte.

d) Es gab immer wieder auch Ansätze, die religiösen und theologischen Spannungen zwischen diesen Gemeinschaften und den großen Kirchen zu nutzen. Einen Handlungsspielraum dafür eröffneten neben allerlei vertraulichen Gesprächen vor allem die Arbeitsgruppen 'Christliche Kreise' der Nationalen Front. Viel ist auf diesem Weg nicht erreicht worden, weil es ein stillschweigendes Einverständnis zwischen den 'religiösen Kräften' gab, sich in dieser Weise nicht von der SED mißbrauchen zu lassen. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR wirkte hier gegenüber der SED stabilisierend.

e) Das Thema 'Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der Politik des SED-Staates' war und blieb ein Randproblem. Nur in einem Fall läßt sich zeigen, zu was die SED-Diktatur im Stande war, wenn sie glaubte, die Instrumentalisierung einer solchen kleinen Gruppe mit Vorrang betreiben zu müssen. Ich spreche hier nicht über die Mormonen und ihre leicht erklärliche 'Aufwertung' in den späten 80er Jahren, als Erich Honecker sein politisches Lebenswerk durch einen Staatsbesuch in den USA zu krönen beabsichtigte, sondern meine die jüdischen Gemeinden in der DDR. Diesen wurde eine sozial komfortabel ausgestattete - Ghettoexistenz zugewiesen, die auf die völlige Aufgabe der eigenen Identität hinauslief. Als Honecker das 50-Jahr-Gedenken der Reichskristallnacht 1988 dazu mißbrauchte, eine wahre 'Gedenkepidemie' zu entfesseln - man druckte damals sogar die Tagesordnung der Volkskammer zweisprachig deutsch-hebräisch - wurde endgültig vor aller Welt offenbar, worauf die SED-Politik gegenüber den Religionsgemeinschaften angelegt war: Kontrollieren, Begrenzen und Instrumentalisieren bis zu jenem in immer weitere Ferne rückenden Zeitpunkt, wo der Mensch sein reales Elend nicht mehr religiös verbrämen müßte, weil das Endziel der sozialistischen und kommunistischen Herrlichkeit erreicht ist. Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat diese Utopien der SED zunichte gemacht. An den Folgen der SED-Kirchenpolitik werden auch die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in den neuen Bundesländern noch lange zu tragen haben. Dabei sind die äußeren Schäden eher zu heilen als die inneren. Sie können nur auf dem Wege einer geduldigen und einfühlsamen, in der Sache aber auch klaren Aufarbeitung behoben werden.